

Kriege – Krisen – Karrieren: Geld als Motor der Ökonomie 1918 bis 1960

Kriege, Krisen, Karrieren – diese drei Worte umreißen schlagworthaft den Gang der deutschen Wirtschaftsgeschichte seit etwa 1914. Sie mögen etwas reißerisch klingen, aber im Großen und Ganzen treffen sie zu, auch wenn sie die ruhige Entwicklungs- und Aufbauarbeit unerwähnt lassen, die jeweils zwischen den Krisen und Kriegen erbracht wurde. Wie weit allerdings Geld während dieses Untersuchungszeitraums wirklich „Motor der Ökonomie“ war, bleibt noch zu erörtern.

Aus guten Gründen kann man das neunzehnte Jahrhundert – und insbesondere seine zweite Hälfte – in Deutschland als ein „Jahrhundert des Geldes“ bezeichnen; im zwanzigsten Jahrhundert liegen die Dinge jedoch komplizierter: Zwar ist dessen zweite Hälfte sicherlich durch ein Wirtschaftsgeschehen gekennzeichnet, das stark von einer stabilen und leistungsfähigen Währung geprägt wurde. Während der ersten Jahrhunderthälfte hingegen – und um sie geht es in den folgenden Bemerkungen vorrangig – folgten auf solche Phasen wirtschaftlicher Normalität immer wieder Krisen und Störungen. Sie zogen auch die Währung in Mitleidenschaft und beeinträchtigten ihre Funktionsfähigkeit mehr oder minder stark.

Ich möchte mich diesem Fragenkomplex in drei Schritten annähern – zunächst mit einem kurzen und vor allem die Währung betrachtenden Blick auf die deutsche Wirtschaftsgeschichte bis etwa 1945, zweitens mit einem etwas genaueren Blick auf die Nachkriegszeit und speziell auf die ersten Jahre ab 1948 und drittens mit dem Versuch, mich einigen Fragen zu stellen, die in diesem Zusammenhang auftauchen. Bei deren Beantwortung sollte auch die Rolle des Bankensektors wenigstens gestreift werden.

I.

Das Deutsche Reich von 1913 besaß eine Goldwährung mit unbeschränkter Einlösungspflicht: Wer seine Banknoten in Edelmetall umtauschen wollte, konnte dies jederzeit und an jedem Ort tun. Mit Beginn des Ersten Weltkriegs wurde diese Einlösungspflicht aufgehoben – übrigens eine der ganz wenigen kriegswirtschaftlich relevanten Maßnahmen, die Deutschland für den Fall eines Krieges vorbereitet hatte.¹ In diesem Augenblick begann, zunächst völlig unbemerkt, der Niedergang der Mark. Knapp zehn Jahre später sollte er in der Hyperinflation von 1923 gipfeln.

Während der folgenden vier Kriegsjahre verlor die Mark jährlich etwa fünfzehn Prozent ihrer Kaufkraft; bei Kriegsende war sie nur noch die Hälfte der alten Goldmark wert.² Dieser Währungsverfall dauerte über den Krieg hinaus an, ja erreichte erst jetzt seine volle Dynamik. Im November 1918 hatte der Dollarkurs der Mark noch bei 12 Cents gelegen, ein Jahr später schon nur noch bei 1,5 Cents; im Sommer 1922 betrug er 0,2 Cents und zu Jahresbeginn 1923 ganze 0,009 Cents.³ Danach ging es steil abwärts mit einer Geschwindigkeit, welche Wirtschaft wie Verbraucher überforderte und schließlich gar keine klaren finanziellen Kalkulationen oder Kursberechnungen mehr zuließ.

Lange unternahm das Reich nichts, um diesen Zustand zu ändern. Dafür gab es mehrere Gründe. Erstens fühlten sich die Verantwortlichen überfordert von der ungewohnten Aufgabe einer Währungsstabilisierung, denn dergleichen hatte es in Deutschland noch niemals gegeben. Zweitens ging es während der ersten Inflationsjahre zumindest den Produzenten nicht schlecht: Der Nachholbedarf der Bevölkerung war nach vier entbehrungsreichen Kriegsjahren gewaltig, und die ausländische Konkurrenz hatte angesichts der inflationären deutschen Währung schlechte Karten gegenüber der deutschen Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt wie auf den Exportmärkten. Drittens mag die Reichsregierung im Stillen gehofft haben, durch die Inflation von den Reparationslasten frei zu kommen, die ihr der Versailler Vertrag auferlegt hatte.⁴ Die aus dieser gefährlichen Strategie resultierende Verelendung weiter Bevölkerungskreise nahm sie wenn nicht billigend, so doch notgedrungen in Kauf.

Erst als auch die Wirtschaft ernstlich zu leiden begann, als die Gemeinden ihr eigenes Notgeld drucken mussten und als die verschiedenen Krisen des Hyperinflationjahres 1923 schließlich sogar den Bestand des Reiches selbst zu gefährden drohten, raffte man sich zum Handeln auf: Im Winter 1923/24 wurde die völlig unbrauchbar gewordene Mark (die Bezeichnung „Goldmark“ hatte sie längst verloren) endgültig aufgegeben und durch eine neue „Rentenmark“ ersetzt, aus der wenig später die „Reichsmark“ wurde. Schon der Aufwertungskurs von 1923/24 spricht eine deutliche Sprache: Eine Rentenmark entsprach einer Billion, ein US-Dollar 4,2 Billionen Inflationsmark.⁵

Renten- und Reichsmark übten eine stabilisierende Wirkung auf das Wirtschaftsgeschehen in Deutsch-

land aus. Die Preise normalisierten sich, der Anschluss an den Weltmarkt kam nach langer Zwangspause wieder in Gang, und ein erkennbarer Wirtschaftsaufschwung setzte ein. Auch strömten nun ausländische (vor allem amerikanische) Gelder ins Land. Viele dieser Gelder wurden in Deutschland investiert; hier sei nur erinnert an den Aufbau von Ford Deutschland in Köln oder an den Ankauf von Opel durch General Motors. Ein nicht unerheblicher Teil der Gelder kam jedoch lediglich in der Form von Krediten – und zwar häufig als Kredite mit relativ kurzen Laufzeiten.⁶ Dies sollte sich bald als verhängnisvoll erweisen.

1929 erfolgte in den USA ein Börsenkrach, der die Wirkung einer Implosion hatte und sich bald zu einer Wirtschaftskrise auswuchs. Aus ihm resultierte binnen kurzem ein akuter Liquiditätsmangel in den Vereinigten Staaten. Deshalb wurden unter anderem auch die von dort nach Deutschland vergebenen Kredite möglichst bald gekündigt oder nicht verlängert, denn nun steckten die amerikanischen Kreditgeber ihrerseits oft in Zahlungsschwierigkeiten und benötigten ihre finanziellen Mittel dringend selbst. Dadurch wiederum gerieten die deutschen Kreditnehmer, von denen viele in der Euphorie der „Goldenen Zwanziger“ ohnehin etwas leichtfertig gewirtschaftet hatten, in ernste Bedrängnis. Beides zusammen genommen führte dazu, dass sich die Krise von Amerika bald auch auf Deutschland ausweitete.

Reich, Länder und Gemeinden wurden von dieser Entwicklung gleichermaßen überfordert. Zwar gab es seit Bismarcks Zeiten ein relativ engmaschiges soziales Netz, doch waren – um im Bild zu bleiben – dessen einzelne Stränge relativ schwach entwickelt. Ein wesentlicher Grund dafür lag in der damaligen Haushaltsphilosophie: Noch galt das eiserne Gesetz, dass ordentliche Haushalte der öffentlichen Hand aus eigener Kraft ausgeglichen werden mussten und dass Kreditaufnahmen durch Staat oder Kommunen nur ganz ausnahmsweise in Frage kamen. Sanken die öffentlichen Einnahmen, so mussten nach damaliger Auffassung also die Ausgaben im gleichen Umfang reduziert werden – selbst wenn man dadurch nur noch tiefer in die Krise rutschte. Eventualhaushalte und antizyklische Geldschöpfung, wie sie Keynes wenig später unter dem Eindruck der Krise propagierte⁷, gab es noch nicht. Was an Arbeitslosenunterstützung, Notstandsarbeiten und Sozialhilfe während der Krise aufgewendet wurde, fiel dementsprechend größtenteils in

die Kategorie des „too little, too late“. Millionen von Familien bezahlten für diese Politik mit Hunger und Verelendung.

Dann kam 1933 die nationalsozialistische „Macht ergreifung“. Es mag heute nicht „politisch korrekt“ erscheinen, wenn man behauptet, dass die Nazi-Regierung es verstand, großen Teilen der Bevölkerung neue Zuversicht einzuflößen. Dennoch trifft diese Aussage zu. In den folgenden Jahren überwand Deutschland die Krise schneller als die meisten anderen Industriestaaten – hauptsächlich durch eine Rüstungskonjunktur, die praktisch über die Druckerpresse finanziert wurde.⁸ Zunächst mochte das durchaus seinen konjunkturpolitischen Sinn haben, ja dieses Verfahren griff unwissentlich Keynes' Rezept des „deficit spending“ auf. Ab etwa 1938/39 nahm die Geldschöpfung jedoch immer gefährlichere Ausmaße an. Vollends während der Kriegsjahre konnte von einer verantwortungsvollen Geldpolitik nicht mehr gesprochen werden. Ein Zahlenvergleich mag das verdeutlichen: Zwischen den Haushaltsjahren 1938/39 und 1944/45 stieg die Reichsschuld von gut 30 auf 380 Milliarden Mark an, also fast auf das Dreizehnfache; das war rund das Vierfache des gesamten deutschen Nettosozialprodukts von 1938.⁹

Ein großer Teil dieses sozusagen auf Pump geschaffenen Geldes floss letztlich als Einkommen in die privaten Haushalte und ließ die dort verfügbare Kaufkraft ansteigen. Andererseits sank ab Herbst 1939 das Warenangebot am zivilen Markt, denn die verfügbaren Ressourcen wurden nun zunehmend in die Kriegsproduktion gelenkt. Gewiss hielt der NS-Staat eine Grundversorgung an Lebensmitteln und Gütern auch während der Kriegsjahre praktisch in vollem Umfang aufrecht, indem er die besetzten Gebiete ausplünderte. Jedoch fehlten spätestens ab 1941/42 die Güter des gehobenen Bedarfs, für welche die privaten Haushalte in Friedenszeiten zusätzlich verfügbare Mittel einzusetzen pflegten. Mit anderen Worten: Die privaten Haushalte sammelten immer mehr Geld an, ohne es ausgeben zu können.

Normalerweise steigen in seiner solchen Situation die Preise solange an, bis sich Angebot und Nachfrage wieder (auf einem höheren Niveau) ausgeglichen haben. Jedoch fürchteten die NS-Machthaber, dass eine Inflation ähnlich fatale Folgen haben würde, wie sie seit 1914 und speziell zwischen 1918 und 1923 aufgetreten waren. In diesem Fall musste die Systemstabilität leiden, was unbedingt verhindert werden

sollte. Deshalb setzte die Reichsregierung den Marktmechanismus außer Kraft, indem sie seit 1936 auf eine Fixierung des Lohn- und Preisniveaus hinarbeitete. Bei Kriegsbeginn verordnete sie schließlich über die sogenannte Kriegswirtschaftsverordnung einen allgemeinen Lohn- und Preisstopp.¹⁰

Während der folgenden Jahre wurde der Lohn- und Preisstopp mit den Machtmitteln eines skrupellosen Polizeistaates auch wirklich durchgesetzt, weshalb die Preise während des Krieges insgesamt nur um etwa 10 Prozent anstiegen.¹¹ Da auch die Stundenlöhne im gleichen Zeitraum etwa 10 Prozent zulegen, herrschte scheinbar weiterhin Gleichgewicht. Tatsächlich stiegen jedoch die Wochenarbeitszeiten, weil (vor allem in der zweiten Kriegshälfte) die Rüstungsproduktion ohne Rücksicht auf die Folgen gesteigert wurde. Dies wiederum führte zu höheren Wochenlöhnen – aber ihnen stand kriegsbedingt nur ein immer weiter schrumpfendes ziviles Warenangebot gegenüber. Ein schwarzer Markt à la 1914/18, der einen Teil des Kaufkraftüberhangs hätte absorbieren können, entstand praktisch nicht, denn kaum jemand wagte, das Risiko von KZ-Haft oder sonstiger schwerer Bestrafung wegen „Wirtschaftssabotage“ einzugehen. Deshalb wurde der Kaufkraftüberhang während des Krieges immer größer und hatte bei Kriegsende gewaltige Ausmaße angenommen. Diese sogenannte „vagabundierende Kaufkraft“ wartete gewissermaßen nur darauf, dass die vom NS-Staat verfügten und durchgesetzten Restriktionen im Bereich der Preisbildung durchlöchert oder ganz aufgehoben würden.

II.

Dieser Fall trat im Frühjahr 1945 ein: Als der Krieg endete, brach mit dem NS-Staat auch der Druck zusammen, durch den dieser Staat bislang schwarze Märkte und Preisauftrieb verhindert hatte. Zwar galten vorerst noch in allen vier Besatzungszonen die Preisstopps und Schwarzmarktverbote der Kriegszeit weiter, doch konnten und wollten die Besatzungsmächte sie nicht mit gleicher Härte durchsetzen, wie es zu Hitlers Zeiten geschehen war. Obendrein gelangten mit den Besatzungsarmeen viele Waren nach Deutschland, die man dort während der Kriegsjahre schmerzlich entbehrt hatte. Offiziell blieben sie für Deutsche auch weiterhin unerreichbar.

Jedoch fand der Schwarzmarkt bald Mittel und Wege, dieses Verbot ebenso zu umgehen wie den

Preisstopp. Außer den Alliierten selbst hatten vor allem die von den Alliierten befreiten ehemaligen Fremdarbeiter, die sogenannten „displaced persons“ oder DP's, Zugriff auf die Warenbestände der Alliierten. Viele unter ihnen nutzten dies, um erhebliche Gütermengen aller Art auf den Schwarzen Markt zu bringen. Da die deutsche Polizei über die DP's keine Jurisdiktion besaß, konnten diese letztlich nur durch die Militärpolizei der Alliierten an Schwarzmarkt-Aktivitäten gehindert werden. Die Militärpolizei jedoch war schon aus personellen Gründen zu einem energischen Durchgreifen gar nicht im Stande – und aus Gründen der Sympathie für diese Opfer der deutschen Kriegswirtschaft vermutlich auch gar nicht willens.¹²

Ergebnis alles dessen war ein weitgehender Zusammenbruch der deutschen Wirtschaftsordnung und speziell der Währung: Die Reichs- oder R-Mark wurde außerhalb des alltäglichen Kleinhandels nur noch ungerne angenommen – und nur dort, wo keine Alternativen bestanden. Neben diesem gewissermaßen offiziellen Markt, auf dem Annahmewang herrschte, entstanden nun ganze Schwarzmarkt-Imperien, die praktisch alles liefern konnten, sofern der Preis stimmte.¹³ Begreiflicherweise spielte dort die R-Mark wegen ihrer Wertlosigkeit nur noch eine ganz untergeordnete Rolle. Statt in R-Mark ließen sich die Anbieter möglichst entweder in Sachwerten oder in Devisen bezahlen – oder aber in einer ganz neuen Ersatzwährung, der Zigarette, speziell der *amerikanischen* Zigarette. Tatsächlich hatten Zigaretten manches mit einer intakten Währung gemeinsam: Sie waren allseits begehrt, aber knapp; sie ließen sich leicht transportieren, sie waren haltbar und fast beliebig teilbar. Deshalb ließen sich Zigaretten als Zahlungsmittel im kleinen Alltagshandel gut verwenden – aber für komplexere Bereiche wie Kreditwesen oder Außenhandel eigneten sie sich natürlich nicht.

Wenn Deutschland wirtschaftlich wieder auf die Beine kommen sollte, musste also die dortige Währung saniert werden. Da zur R-Mark im In- wie im Ausland niemand mehr Vertrauen hatte, durfte sich eine solche Sanierung nicht mit Flickwerk zufrieden geben, sondern musste eine ganz neue Währung schaffen. Schon bald nach Kriegsende begannen sich Fachleute entsprechende Gedanken zu machen. In den drei folgenden Jahren wurden immer neue Reformmodelle entwickelt.¹⁴ Besonderes Gewicht maß sie der Frage bei, wie sich der Übergang von der alten zur neuen Währung gestalten sollte. Was sollte

beispielsweise mit größeren oder kleineren Sparkonten geschehen, wie sollten regelmäßig fällige Zahlungen geleistet, wie Schulden umgestellt werden? Offensichtlich hing viel davon ab, zu welchem Verrechnungssatz man alte in neue Sparguthaben, alte in neue Verbindlichkeiten umrechnen würde.

Mit diesen Fragen, die in ähnlichen Situationen immer auftauchen werden, verband sich ein weiteres Problem, das ausgesprochen zeitspezifisch war: Der Krieg hatte die Bevölkerung in wirtschaftlicher Hinsicht höchst unterschiedlich belastet. In den drei Westzonen waren insgesamt über 20 Prozent des Wohnungsbestandes von 1939 durch Bomben vernichtet worden, doch verteilten sich die Zerstörungen recht unterschiedlich über das Gebiet der drei Zonen: Nordwestdeutsche Industriezentren wie Essen, Köln oder Dortmund hatten 65 bis 70, einzelne Mittelstädte wie beispielsweise Düren, Paderborn oder Bocholt 90 und mehr Prozent ihrer Wohneinheiten verloren.¹⁵ Andererseits waren manche Mittelstädte vor allem Süddeutschlands kaum, viele Kleinstädte und die meisten Dörfer der Bizone und besonders der französischen Zone überhaupt nicht vom Bombenkrieg erreicht worden.¹⁶ Die personellen wie die materiellen Verluste waren also sehr asymmetrisch zwischen Stadt und Land, Nord und Süd aufgeteilt – und an einen Ausgleich konnte unter Vorwährungsbedingungen kaum gedacht werden.

Obendrein strömten seit dem Winter 1944/45 Millionen von Vertriebenen bzw. von Flüchtlingen auf der Flucht vor den sowjetischen Truppen aus den deutschen Ostgebieten nach Westen. Bis zum Oktober 1946 hatte die US-Zone rund drei Millionen Menschen, die Britische Zone 2,5 Millionen Menschen über ihren Vorkriegsbestand hinaus aufgenommen – und täglich kamen mehr hinzu.¹⁷ In der Ostzone hofften weitere 2,2 Millionen auf eine Besserung der Verhältnisse. Von diesen schließlich weit über acht Millionen geflohenen bzw. vertriebenen Menschen besaßen nur wenige mehr als das, was sie auf dem Leibe trugen; viele waren krank, alle ohne Einkommen und Unterkunft.

Nochmals: Besitz und Zukunftschancen waren 1946/47 in Folge von Bombenkrieg und Vertreibung also sehr viel ungleicher verteilt als jemals zuvor. Andererseits gab es keinen Grund dafür, dass speziell die Bevölkerungsgruppen der Ausgebombten und Vertriebenen überproportional für einen Krieg bezahlen sollten, der im Namen von *ganz* Deutschland begonnen,

geführt und verloren worden war. Auch musste man befürchten, dass sich diese Gruppen eines Tages radikalisieren würden, wenn man nicht beizeiten etwas für sie tat.¹⁸ Hier waren also gesamtstaatliche Solidarität und staatliche Ausgleichsmaßnahmen gefragt. Deshalb befürworteten verschiedene Fachleute eine Währungsreform, die gleichzeitig einer ökonomischen Umverteilung zugunsten der besonders schwer geschädigten Bevölkerungsteile dienen sollte.¹⁹

Über diese Umverteilungsfrage wurde seit 1945 in deutschen Fachkreisen heftig diskutiert, doch blieb die Diskussion zwangsläufig unverbindlich: Im Potsdamer Abkommen hatten sich die Besatzungsmächte ausdrücklich das Recht vorbehalten, alle Deutschland betreffenden Fragen selbst zu regeln. Deshalb waren die alliierten Oberbefehlshaber zwar grundsätzlich bereit, deutsche Diskussionsbeiträge zu erlauben – aber eben nur Diskussionsbeiträge. Schließlich versuchte ab April 1948 ein Konklave deutscher Währungsexperten in Rothwesten bei Kassel, die deutsche Meinung auf den Punkt zu bringen und den Alliierten anzudienen, doch wurden auch ihre Ratschläge nur gehört, keineswegs befolgt. Vielmehr hatten alle vier Besatzungsmächte längst ihre eigenen Pläne geschmiedet und überließen den Deutschen allenfalls Neben- und Hilfsaufgaben.²⁰

Diese Pläne sahen bei den einzelnen Besatzungsmächten recht unterschiedlich aus. Amerikaner und Briten wollten möglichst schnell eine funktionsfähige, starke und in ganz Deutschland gültige Währung schaffen. Zur Begründung ihres gesamtdeutschen Anspruchs verwiesen sie auf Punkt III.14 des Potsdamer Abkommens, wo es hieß: „During the period of occupation Germany shall be treated as a single economic unit.“²¹ Daraus leiteten sie unter anderem die Forderung ab, an der Umsetzung der geplanten Währungsreform in der Ostzone beteiligt zu werden. Hinter diesem Wunsch steckte die Erfahrung, dass die Sowjetische Militärverwaltung in der Ostzone (oder kurz: SMAD) bislang nach Belieben deutsches Geld nachgedruckt hatte. Setzte sie diese Praxis nach der Währungsreform fort, so war die neue Währung von Anbeginn inflationsgefährdet und letztlich zum Scheitern verurteilt.²²

Die SMAD signalisierte ihrerseits durchaus Bereitschaft, an einer Reform mitzuarbeiten – doch westliche Währungskontrollen in der Ostzone lehnte sie kategorisch ab. Die Franzosen gingen noch einen Schritt weiter: Sie wünschten ein möglichst dezentra-

lisiertes Deutschland, das für Frankreich keine Gefahr mehr darstellte. Deshalb verwarfen sie überhaupt jede Reform, die auf die Schaffung einer gesamtdeutschen Währung abzielte.²³ Auf Frankreich konnten die USA und Großbritannien Einfluss nehmen: Da Frankreich wirtschaftlich wie militärisch in hohem Maß von den USA abhing, genügte die Drohung, jene amerikanische Hilfe einzustellen, um die Franzosen gefügig zu machen. Um das Gesicht zu wahren, erklärte Frankreich sein Einverständnis mit der Währungsreform erst in letzter Minute²⁴, doch war damit zumindest in den Westzonen eine einheitliche Währung gesichert.

Schwieriger lagen die Dinge in der Ostzone und in Berlin, denn Ost und West drifteten politisch immer weiter auseinander. Im März 1948 hatte die Sowjetunion den Alliierten Kontrollrat und drei Monate später auch die gesamtalliierte Berliner Stadtregierung, die sog. „Kommandantura“, verlassen.²⁵ Damit endete fast automatisch die sowjetische Teilnahme an den interalliierten Verhandlungen über die Währungsreform. In der Ostzone hingegen übten die Russen die alleinige Macht aus –, und sie hatten sich, wie oben berichtet, jede westliche Mitwirkung an der Reform der dortigen Währung verboten. Deshalb war spätestens im Frühsommer 1948 klar, dass die neue Währung der Westmächte dort nicht gelten würde.

In Berlin lagen die Verhältnisse anders: Die Stadt besaß aufgrund des Potsdamer Abkommens einen sog. Viermächtestatus, unterstand also mit allen ihren vier Sektoren der Kommandantura. Die neue Währung konnte deshalb nur mit sowjetischer Zustimmung in ganz Berlin oder auch nur in dessen drei Westsektoren gelten, was den Westmächten auch durchaus bewusst war.²⁶ Zwar wünschte die westdeutsche Wirtschaft dringend, Westberlin in die westdeutsche Reform eingebunden zu sehen²⁷, doch blieb ihr Wunsch unter diesen Umständen chancenlos: Gewiss wollten die Westmächte Westberlin aus wirtschaftlichen Gründen in die westliche Währungsreform einbeziehen, falls mit den Sowjets keine Einigung zustande kam. Jedoch wünschten sie wegen des Viermächtestatus, und damit letztlich aus politischen Gründen, selbst in diesem Fall keine völlige Integration Westberlins in die Westzonen. Deswegen stellten die Amerikaner neben den 1947 in den USA gedruckten neuen Banknoten für die drei Westzonen spezielle Noten für Westberlin bereit, die im Westen Deutschlands nicht gelten sollten.²⁸

Am 18. Juni 1948 wurde der westdeutschen Bevölkerung eröffnet, dass die lang erwartete Reform nun am 20. Juni stattfinden solle; die neue Währung werde „Deutsche Mark“ heißen.²⁹ Diese Mitteilung löste hektische Aktivität auf den schwarzen Märkten und größte Spannung in den privaten Haushalten aus. Ein Konstanzer notierte damals Folgendes in seinem Tagebuch:

„Der Leute bemächtigte sich eine unglaubliche Nervosität. Jeder glaubte, noch hundert Sachen erliden zu müssen, und in der Stadt war ein Getümmel wie vor dem Einmarsch der Franzosen.“³⁰

Zwei Tage später traten die beiden alliierten Reformgesetze „zur Neuordnung des Geldwesens“ in Westdeutschland in Kraft.³¹ Diese beiden Gesetze legten die berühmte „Kopfquote“ von zunächst 40 und zu einem späteren Zeitpunkt nochmals 20 DM fest, fixierten die Aufwertung grundsätzlich im Verhältnis 1:10 und regelten die vielen Einzelfragen, die sich aus der Umstellung ergaben. Sozialreformerische Ansätze enthielten sie jedoch nicht. Auch wurde praktisch nicht versucht, Benachteiligungen der Sparer gegenüber den Besitzern von Immobilien oder Sachgütern zu verhindern oder die kleinen Sparer mehr zu schonen als die Besitzer großer Vermögen. Das hatte einen einfachen Grund: Die Westmächte wünschten die Wiederherstellung einer starken (west-)deutschen Wirtschaft, um einen leistungsfähigen Partner im Kalten Krieg zu gewinnen. Alles andere interessierte sie nicht.

Auf die westliche Reform hin ordnete der sowjetische Militärgouverneur Marschall Sokolowski eine eigene Reform für die Ostzone an. Allerdings existierte dort nicht genügend Banknotenpapier, weshalb man sich vorerst damit begnügte, die vorhandenen R-Mark-Noten mit Coupons zu bekleben. Bald entwickelte sich der schwarze Handel mit diesen Coupons zu einem lukrativen Geschäft³², das der neuen Ostwährung schadete. Deshalb musste die SMAD schließlich doch noch das nötige Banknotenpapier beschaffen und ganz neue Noten drucken. Einen Monat nach dem neuen Westgeld wurden diese Scheine ausgegeben. Da die Russen Ostberlin praktisch von Anfang an als einen Teil ihrer Besatzungszone betrachtet hatten, ignorierten sie das Potsdamer Abkommen auch hinsichtlich der Währungsreform und führten ihre neue Währung sofort nicht nur in der Ostzone, sondern auch in Ostberlin ein. Daraufhin setzten die Westmächte in den drei Berliner Westsektoren die

vorbereiteten Berliner D-Mark-Scheine in Umlauf und ließen bald auch die westdeutsche D-Mark dort zu. Damit hatten sich alle vier Zonen und Berlin endgültig von der alten R-Mark verabschiedet.³³

Mittel- und langfristig war die D-Mark ein voller Erfolg. Binnen weniger Jahre avancierte sie, wie es der Wirtschaftsjournalist Hans Roeper drei Jahrzehnte später rückblickend formulierte, „vom Besatzungskind zum Weltstar“.³⁴ Erste positive Effekte wurden sofort erkennbar: Da in Erwartung der Reform manche Produzenten ihre Produkte nicht auf den unattraktiven Vorwährungsmarkt gebracht, sondern zurückgehalten hatten, belebte sich das Warenangebot schon am Tag nach der Reform schlagartig. Fast mit gleicher Geschwindigkeit verschwand der schwarze Markt, denn die neue Währung war knapp und begehrt genug, auch bislang hinterzogene Waren auf den regulären Markt zu locken. Zwar blieben manche Lebensmittel und viele Rohstoffe vorerst noch rationiert, doch ließ sich bald absehen, dass Beschaffung künftig kein ernstes Problem mehr darstellen würde.

Das war allerdings nur die eine Seite der Medaille, und es gab durchaus auch eine andere. Da gilt es zunächst einmal, die damals und später gerne kolportierte Vorstellung von der „Stunde Null“ am 20. Juni 1948 zu hinterfragen, zu der angeblich alle Deutschen gleich viel besessen hatten. In Wirklichkeit traten lediglich die Besitzer von Immobilien und überhaupt von Gütern jeglicher Art mit ungeschmälertem Besitz in die „Nachwährungszeit“ (wie der zeitgenössische Ausdruck lautete) ein, während die Sparer ihre Konten nur im Verhältnis 1:6,5, teilweise sogar nur 1:10 aufgewertet bekamen.³⁵ Die Ausgebombten und Vertriebenen schließlich erhielten keinerlei Ausgleich für ihre Verluste, sondern wurden auf spätere Zeiten getröstet. Alles das summierte sich zu einer klaren Bevorzugung der Besitzenden gegenüber den Nicht-Besitzenden, der vom Krieg Verschonten gegenüber denen, die vieles oder alles verloren hatten.

Andere Probleme kamen hinzu.³⁶ Die D-Mark hatte in Unternehmerkreisen einerseits die Hoffnung auf einen wirklichen Neubeginn geweckt und dort oft ein von Optimismus getragenes finanzielles Engagement ausgelöst. Andererseits sah sich der Produzent seit der Währungsreform Produktionskosten gegenüber, die er in der Startphase von 1948/49 nicht leicht aufbringen konnte. Kredite waren zwar zu bekommen, kosteten aber natürlich Zinsen – und auch die wollten erst er-

wirtschaftet sein. So übernahmen sich manche Firmen finanziell, und das erste Jahr nach der Währungsreform brachte bundesweit einen deutlichen Anstieg der Konkurse, Wechselproteste und Offenbarungseide.³⁷ Nicht selten war Arbeitslosigkeit für Teile der Belegschaften oder im Extremfall für ganze Belegschaften die Folge, was die Gesamtlage verschlimmerte.

Wer jedoch nach der Währungsreform sofort Ware anzubieten hätte, konnte mit großem Interesse auf der Nachfrageseite rechnen, da der Nachholbedarf immens war. Viele Anbieter setzten ihre Preise entsprechend hoch an. Dies wiederum induzierte einen deutlichen Preisanstieg im ersten „Nachwährungsjahr“. Da andererseits die Löhne weiterhin dem Lohnstopp von 1936/39 unterlagen³⁸, konnte ein Rückgang der realen Einkommen bei den privaten Haushalten nicht ausbleiben: In Deutschland waren seit 1938 die Löhne zwar um 15 Prozent gestiegen, die Preise jedoch um 45 Prozent. Als der „Spiegel“ ein gutes Jahr nach der Währungsreform die realen Pro-Kopf-Einkommen seit 1938 international verglich, stellte er dann auch fest, dass sie in Deutschland am stärksten gesunken waren.³⁹

So hatten sich die *Beschaffungsprobleme* der ersten Nachkriegsjahre also über Nacht in *Bezahlungsprobleme* verwandelt. Ab Herbst 1948 fanden zahlreiche große Demonstrationen gegen den fast allgemeinen Preisauftrieb statt. Es verdient hervorgehoben zu werden, dass diese Demonstrationen keineswegs nur in den Ballungsgebieten und Metropolen erfolgten und dass sie keineswegs nur oder auch nur überwiegend von Fundamentalkritikern wie der KPD getragen wurden. Vielmehr fanden auch draußen in der Provinz zahlreiche große Demonstrationen statt, und gerade in Südwestdeutschland wurden sie primär nicht von der KPD, sondern von den Gewerkschaften veranstaltet. Dies unterstreicht einmal mehr, dass die Preissteigerungen *alle* belasteten und dass sich die Lage der privaten Haushalte durch die Währungsreform zwar gebessert, aber noch längst nicht normalisiert hatte.⁴⁰

Trotzdem blieb eine ernste Krise aus. Dafür gab es vor allem zwei Gründe. Erstens hatte der amerikanische Außenminister George C. Marshall im Juni 1947 ein Hilfsprogramm für Europa proklamiert, das bald als „European Recovery Program“ (ERP) oder kurz „Marshallplan“ bekannt wurde.⁴¹ Im Frühjahr 1948 hatte der amerikanische Kongress Deutschland in den

Kreis der Empfängerländer einbezogen und damit den Weg geebnet für einen Zustrom amerikanischer Güter und Gelder (nach erfolgter Währungsreform!) in alle vier Besatzungszonen. Da aber die Sowjetunion sofort für sich und ihre Satelliten jede Teilnahme am Marshallplan verweigerte, flossen diese Ströme nur in die Westzonen. Bis zum Ende des ERP im Jahre 1952 belief sich deren Umfang auf immerhin 1,5 Milliarden Dollar⁴², was für damalige Verhältnisse eine enorme Summe darstellte.

Diese Lieferungen sollten der deutschen Industrie den Start dort erleichtern oder überhaupt ermöglichen, wo die verfügbaren Eigenmittel nicht ausgereicht hätten. Dahinter steckte neben echter Hilfsbereitschaft der USA auch das schon während der Währungsreform sichtbar werdende Motiv, die Westzonen wieder wirtschaftlich aufzurichten, sie dadurch gegen den Kommunismus zu immunisieren und als starke und verlässliche Partner im Kalten Krieg zu gewinnen. Deshalb wurden ERP-geförderte Maßnahmen sowie auch der Marshallplan selbst nach Kräften werblich genutzt. Diese Werbung sollte der Bevölkerung das (übrigens durchaus zutreffende) Gefühl vermitteln, dass es wieder aufwärts gehe und dass Deutschland an der Seite der USA gut aufgehoben sei.

Speziell für die französische Besatzungszone zeitigte der Marshallplan auch noch einen positiven und die Normalisierung fördernden Nebeneffekt: Amerikanische Gelder für und amerikanischer Druck auf Frankreich bewogen die Franzosen schließlich, ihre Demontagen in der französischen Zone für beendet zu erklären. Die französischen Demontagetrupps hatten praktisch seit Kriegsende gearbeitet. Theoretisch sollten sie nur die Maschinen und Anlagen abbauen, die während des Krieges zur Produktion von Rüstungsgütern gedient hatten und/oder aus Frankreich entwendet worden waren. Tatsächlich benutzten die Franzosen die Demontage aber auch dazu, potenzielle Konkurrenten auszuschalten oder Anlagen abzutransportieren, die sie aus andern Gründen interessierten. Deshalb kam es immer wieder vor, dass nicht nur die Produktionsanlagen der Kriegszeit demontiert wurden, sondern ebenso die Maschinen und Anlagen, die erst nach Kriegsende mühsam wieder beschafft worden waren. Frankreichs Verzicht auf weitere Demontagen eröffnete also für alle Firmen, die vor 1945 überwiegend Rüstungsaufträge erledigt hatten, erstmals seit Kriegsende wieder eine Möglichkeit, längerfristig ohne Demontagefurcht zu planen und zu inves-

tieren.⁴³ Insofern brachte das ERP nicht nur dringend benötigte Gelder und Güter, sondern auch ein wichtiges Stück Rechts- und Planungssicherheit nach Westdeutschland zurück.

Der Marshallplan konnte also durchaus als ein für die damalige deutsche Wirtschaft höchst wichtiges Programm gelten und sollte auch im Rückblick nicht unterschätzt werden. Einen weitaus kräftigeren Impuls lieferte jedoch ein Ereignis im Fernen Osten – der nordkoreanische Überfall auf Südkorea am 25. Juni 1950. Da dieser Überfall und der durch ihn ausgelöste Koreakrieg im Westen als möglicher Auftakt für weitere kommunistische Aggressionsakte eingeschätzt wurden, löste der Koreakrieg im Westen erhebliche Aktivität aus. Vor allem bewirkte er umfassende Rüstungsmaßnahmen.

Deutschland war von alledem nur mittelbar betroffen, doch reagierte die westdeutsche Bevölkerung zunächst recht besorgt, trennten sie doch nur fünf Jahre von Bombenkrieg, Besetzung und Niederlage. Damalige demoskopische Umfragen spiegeln das deutlich wider: Im Dezember 1949, also vor Korea, erklärten immerhin 48 Prozent der Befragten, sie sähen „dem neuen Jahr mit Hoffnungen entgegen“. Ein Jahr später, also in der düstersten Phase des Koreakrieges, sagten das nur noch 27 Prozent, während nun 43 Prozent das neue Jahr voller Sorge, weitere 17 Prozent mit Skepsis erwarteten.⁴⁴ Dann jedoch änderte sich die Stimmung, als die UNO unter amerikanischer Führung in Korea in großem Stil eingriff und die Nordkoreaner wieder zurückdrängte. Obendrein entwickelte sich nun aus den Rüstungsaufträgen ein regelrechter Rüstungsboom. Im Jahre 1951 erreichte er auch die Bundesrepublik.

Eine aus dem Besatzungsrecht resultierende Besonderheit steigerte dessen belebenden Effekt noch zusätzlich: Die Bundesrepublik schuldete den Westmächten Reparationen und durfte diese Reparationen in Sachlieferungen leisten, falls die Empfängerstaaten einverstanden waren. Daraus entwickelte sich folgende Gepflogenheit: Da die Westmächte Lieferungen aus der Bundesrepublik als Reparationsleistungen praktisch kostenlos bekamen, platzierten sie in steigendem Maß Regierungsaufträge bei deutschen Firmen. Diese lieferten zwar an ihre alliierten Auftraggeber, wurden aber nicht von diesen bezahlt, sondern aus den für Reparationen bereitgestellten Mitteln der Bundesrepublik.⁴⁵ Die Attraktivität dieses Verfahrens war vor allem für kleinere Siegerstaaten wie z. B.

Holland und für durch den Krieg verarmte Staaten wie Großbritannien erheblich; dies wiederum sorgte für volle Auftragsbücher in der Bundesrepublik. Nicht zuletzt deshalb stieg dort das Nettosozialprodukt innerhalb eines Jahres um fast 22 Prozent an.⁴⁶ Obendrein ebneten der Koreakrieg und die oben skizzierte Reparationsregelung den Boden dafür, dass nun auch wieder zahlreiche Produkte in Deutschland hergestellt werden durften (wenn auch vorerst nur für die Alliierten), die bislang als Rüstungsgüter gegolten hatten und deshalb für deutsche Hersteller tabu gewesen waren.⁴⁷

Angesichts des gewaltigen Reparatur- und Investitionsbedarfs fast aller Betriebe stiegen die Arbeitseinkommen nicht ganz im gleichen Rhythmus, sondern „nur“ um 18 Prozent. Jedoch schuf schon dieser Anstieg für Millionen von Arbeitnehmerhaushalten erstmals die Möglichkeit, den Abbau ihres seit 1939 aufgestauten Nachholbedarfs anzupacken. Im Lauf der nächsten Jahre entwickelte sich daraus eine wahre Kauforgie der privaten Haushalte. Anfangs genossen sie es vor allem, jahrelang unerreichbar gewesene Lebensmittel endlich wieder frei kaufen zu können und lösten dadurch die berühmte „Fresswelle“ aus. Die Kaufbereitschaft wurde noch zusätzlich gesteigert durch die Sorge, dass demnächst wieder eine Rationierung eingeführt werden könnte: Für diesen Fall wollten viele private Haushalte durch rechtzeitige Anlage von Reserven vorsorgen.⁴⁸ Im Laufe des nächsten Jahrzehnts erneuerten sie außerdem ihre in eineinhalb Jahrzehnten Kriegs- und Nachkriegszeit mehr als dürftig gewordenen Bestände an Kleidung und Hausrat. Als ab 1952 allmählich die Zahlungen an Flüchtlinge, Vertriebene und Ausgebombte nach dem neuen Lastenausgleichsgesetz anliefen⁴⁹, konnte auch dieser Personenkreis daran gehen, wieder Haushalte aufzubauen, die über das Niveau notgedrungener Improvisation hinaus reichten.

Vor allem dieser Nachholbedarf der Bevölkerung auf fast allen Gebieten war es, der dem wirtschaftlichen Geschehen während der Jahre nach dem Koreakrieg sein Gepräge gab. Im Durchschnitt des Jahrzehnts ab 1952 wuchs das Volkseinkommen wie die Arbeitseinkommen jährlich um fast neun Prozent, wenn auch mit leicht rückläufiger Tendenz.⁵⁰ Die Stimmungslage gestaltete sich entsprechend positiv: Während, wie oben berichtet, Ende 1950 nur 27 Prozent der Befragten hoffnungsvoll in die Zukunft geblickt hatten, waren es ein Jahr später schon 45, dann

48, schließlich 60 Prozent. Auf etwa diesem Niveau pendelten sich die Werte dann für viele Jahre ein.⁵¹

Die Einzelheiten der wirtschaftlichen Entwicklung im selben Zeitraum sind bekannt und können hier nur angedeutet werden. In diesen Jahren wurde der Export wieder belebt, nachdem das Petersberger Abkommen von 1949 dafür den Weg geebnet hatte. In der Industrie wie in den privaten Haushalten wurden die schlimmsten Kriegsschäden beseitigt, und die D-Mark entwickelte sich zu einer der härtesten Währungen weltweit. Auch begannen unter dem Einfluss des wachsenden Wohlstandes immer größere Bevölkerungsteile, ihre Lebensgewohnheiten und Zukunftspläne zu ändern: Bohnen- statt Malzkaffee, Butter statt Margarine, Fernsehen statt Radio wurden selbstverständlich; das eigene Kraftfahrzeug, die Urlaubsreise, das Eigenheim begannen für immer mehr Deutsche aus der Sphäre der Phantasterei in den Bereich des Möglichen und Machbaren hinüber zu wechseln. Die Verbrauchsstatistiken, die Erinnerungen von Zeitzeugen und vor allem die Meinungsumfragen der 50er-Jahre lassen all dies auch noch ein halbes Jahrhundert später deutlich erkennen.⁵²

Als 1963 die Ära Adenauer endete, konnte die Nachkriegszeit, konnten Wiederaufbau und Normalisierung als weithin abgeschlossen gelten. Auch zeigt sich dem rückschauenden Betrachter, dass in jenen Jahren viele Grundlagen geschaffen und Weichen gestellt wurden für Zustände, Denk- und Verhaltensweisen, die bis heute unsere Wirtschaft und unser Leben beeinflussen. Vor allem gilt dies für einen Bereich, den man pauschal mit dem Begriff der Modernisierung bezeichnen kann: Dieser Prozess hatte bereits in den 20er-Jahren eingesetzt, war dann aber in der Weltwirtschaftskrise gleichsam verschüttet worden. In den letzten Vorkriegsjahren war er auf manchen Gebieten wieder aufgelebt, anderswo durch die den NS-Staat kennzeichnenden Restriktionen eher noch weiter zurückgedrängt worden.

Während der Kriegs- und der frühen Nachkriegsjahre hatten dann ganz andere Prioritäten im Vordergrund gestanden. Nun lieferten die Jahre ab dem Koreaboom die Impulse dafür, dass dieser Modernisierungsprozess wieder in Gang kam.⁵³ Mit ihm ging ein Vorgang einher, der damals und seitdem immer wieder als schleichende Amerikanisierung bezeichnet worden ist. Modernisierung und Amerikanisierung haben während der folgenden Jahrzehnte die Bundesrepublik stark und irreversibel geprägt.

III.

Unsere kurze tour d'horizon hat viele Fragen offen gelassen. Sie können in dem vorgegebenen Rahmen nicht alle angesprochen werden. Deshalb mag es hier genügen, nochmals einige besonders wichtige Punkte aus der frühen Nachkriegszeit aufzugreifen. Wie oben schon angedeutet wurde, stellte der damals einsetzende Aufschwung die Weichen für Westdeutschlands (und langfristig auch für Gesamtdeutschlands) wirtschaftliche und soziale Zukunft. Die zentrale Frage ist also ganz offensichtlich die nach den Ursachen und Anfängen dessen, was damals und später gerne das „Wirtschaftswunder“ genannt wurde. Anders gefragt: Wann und warum begann Deutschlands wirtschaftlicher Wiederaufstieg nach 1945?

Jahrzehntelang dominierte die Auffassung, Währungsreform und Marshallplan hätten gemeinsam die am Boden liegende westdeutsche Volkswirtschaft und speziell die weitgehend zerstörte deutsche Industrie mit einer Geschwindigkeit und in einem Maße wiederbelebt, das ans Wunderbare grenze. Das schon den Zeitgenossen geläufige Bild vom „Wirtschaftswunder“ lieferte einen eingängigen Begriff für die Bezeichnung dieses Phänomens.

Seit den 80er-Jahren kamen in Fachkreisen jedoch vereinzelt kritische Stimmen auf. Mittlerweile hatte sich herausgestellt, dass die Zerstörungen der deutschen Industrie durch alliierte Bombenangriffe weit weniger umfassend waren, als es zunächst den Anschein gehabt hatte. Die bis zu diesem Zeitpunkt als maßgeblich geltenden Daten über den Zerstörungsgrad der deutschen Industrie waren nach Kriegsende durch Offiziere des sogenannten United States Strategic Bombing Survey für die amerikanische Luftwaffe erhoben worden. Diese Experten hatten unter dem Eindruck der damaligen Atmosphäre geurteilt, die von Chaos, Zerstörung und einem allgemeinen Zusammenbruch geprägt war. Vor allem aber wollten sie nachweisen, dass „the effects of strategic bombing on the German war economy“, und damit also die Auswirkungen des Luftkriegs auf die deutsche Kriegswirtschaft, die eigentliche Ursache des deutschen Zusammenbruchs von 1945 gewesen seien.⁵⁴ Deshalb neigten sie dazu, das Ausmaß der Zerstörung eher über als unterzubewerten. Beispielsweise hatte sich während der Nachkriegsjahre immer wieder gezeigt, dass unter den Trümmern angeblich total zerstörter Fabrikanlagen noch Maschinen standen, die nach Säube-

rung und Reparatur durchaus wieder voll funktionsfähig waren.

Dieser weitaus geringere Zerstörungsgrad, so wurde nun gelegentlich argumentiert, habe in vielen Fällen eine Wiederaufnahme der Produktion schon in den Jahren 1946 oder 1947 erlaubt. Währungsreform und Marshallplan seien also jahrzehntelang in ihrer Bedeutung für diesen Prozess überschätzt worden. In Wirklichkeit habe der mit der Wiederaufnahme der Produktion einher gehende Aufschwung schon Monate vor der Währungsreform (und erst recht vor dem Marshallplan) begonnen. Jedoch habe die Masse der deutschen Produzenten in Erwartung der Währungsreform ihre damals erzeugten Produkte nicht auf den unattraktiven R-Mark-Markt gebracht, sondern auf Halde genommen, um für den Tag der Reform gerüstet zu sein. Allerdings lasse sich dieser Vorgang wegen der desolaten statistischen Datenlage nur indirekt fassen.⁵⁵

In dieser Zuspitzung lässt sich die vorstehend skizzierte Position heute nicht mehr vertreten, doch ist die dahinter stehende Frage auch jetzt noch unter den Historikern kontrovers. Vermutlich können wir gar keine pauschale Entscheidung zugunsten des einen oder des anderen Erklärungsmodells treffen. Da keine verlässlichen Statistiken für ganz Westdeutschland oder auch nur für einzelne Zonen vorliegen, können beide Hypothesen letztlich nur durch Mikro-Analysen überprüft werden, die eine einzelne Gemeinde oder sogar einen einzelnen Betrieb genauer untersuchen. Erst wenn solche Studien in größerer Zahl vorliegen, wird man mit Anspruch auf Glaubwürdigkeit sagen können, welches Deutungsmodell der deutschen Realität der Jahre 1947 bis 1950 am nächsten kommt. Einige solche Studien existieren bereits, doch liefern sie keine einheitlichen Bilder.

Der wichtigste Grund für diese Heterogenität der Ergebnisse besteht darin, dass sich die deutschen Betriebe am Vorabend der Währungsreform in völlig unterschiedlichen Situationen befanden. Zunächst einmal hing viel davon ab, in welcher Zone ein Betrieb lag. War er in der französischen Zone beheimatet, so musste er eher mit Demontagen rechnen als ein Betrieb in der britischen oder der amerikanischen Zone. Andererseits konnte er auf eine gewisse Kooperationsbereitschaft hoffen, denn die Franzosen hatten frühzeitig erkannt, dass sie während des Krieges den Anschluss an die technische Entwicklung verloren hatten und dass sich insbesondere von den deutschen

Hightechbetrieben manches lernen ließ. Lag ein Betrieb in der Ostzone, so trat zu der Demontagegefahr noch eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass der Betrieb verstaatlicht bzw. zum „volkseigenen Betrieb“ umgestaltet oder als „Sowjetische Aktiengesellschaft“ von den Russen enteignet wurde.

Aber auch wenn man sich auf die Westzonen konzentriert und die Unterschiede der Besatzungspolitiken einmal ausblendet, lässt sich eine gewaltige Varianz hinsichtlich der Situation der einzelnen westdeutschen Betriebe feststellen: Es gab zerbombte und nicht zerbombte, demontierte und nicht demontierte Betriebe. Es gab Betriebe, die zwingend auf den Import ausländischer Rohstoffe angewiesen waren, während andere Betriebe mit heimischen Materialien auskamen. Es gab Betriebe, die in den ersten Nachkriegsjahren als vorrangig versorgte sog. Regiebetriebe für die Besatzungsmächte hatten arbeiten können; ihnen gelang es in der Regel, ihren Produktionsapparat frühzeitig wieder in Ordnung zu bringen und eine leistungsfähige Belegschaft zu halten bzw. aufzubauen. Es gab Betriebe, deren Produktpaletten sich leicht an die schwierigen Verhältnisse der Nachkriegsjahre anpassen ließen, während andere Firmen in den ersten Nachkriegsjahren praktisch nichts produzieren konnten oder durften. Es gab Betriebe, die auf ihr bewährtes Management zurückgreifen konnten, während andere Betriebe ihre Spitzenkräfte durch „automatic arrest“ oder Entnazifizierung verloren hatten. Und schließlich gab es Betriebe, deren Chefs den Weitblick und die Fähigkeiten besaßen, die Zeichen der Zeit zu erkennen und die richtigen Zukunftsentscheidungen zu treffen, während andere sich damit schwerer taten. Der Verfasser dieses Beitrags hat die Industrie im Raum Konstanz während der ersten Nachkriegsjahre detailliert untersucht und ist bei dieser Gelegenheit praktisch auf alle oben genannten Varianten gestoßen.⁵⁶ Es ist kaum anzunehmen, dass die Lage in anderen Landesteilen wesentlich anders aussah.

Um diese Überlegungen auf den Punkt zu bringen: Keineswegs alle oder auch nur der größte Teil der deutschen Betriebe dürfte 1947 schon im Stande gewesen sein, im Vorgriff auf die Währungsreform nennenswerte Teile der Produktion auf Halde zu nehmen. Zweifellos ist dies häufig geschehen, jedoch wohl nicht in einem Ausmaß, das es uns erlauben würde, den Beginn des westdeutschen Aufschwungs schon auf das letzte „Vorwährungsjahr“ zu datieren. Nochmals: die Mikroanalysen des Verfassers sprechen

eher gegen als für die Hypothese vom Aufschwung vor der Währungsreform. Andererseits kann auch nicht mit Anspruch auf Glaubwürdigkeit behauptet werden, dass Währungsreform und Marshallplan gemeinsam die deutsche Industrie (und in ihrem Kielwasser die gesamte Wirtschaft!) vom Nullpunkt aus sprunghaft in einen Zustand dynamischen und autonomen Wachstums versetzt hätten.

Gewiss scheinen die Erinnerungen der Zeitgenossen prima facie die Hypothese vom plötzlichen Aufschwung nach der Währungsreform zu stützen. Jedoch sollten wir diese Erinnerungen nicht als Wahrheit höheren Typs deuten, sondern mit der in historischen Untersuchungen üblichen und nötigen quellenkritischen Distanz betrachten.⁵⁷ Vieles spricht dafür, dass der Anblick sich über Nacht füllender Schaufenster die Zeitgenossen nach vielen Jahren erzwungener Abstinenz gleichsam überwältigte und dass diese Wahrnehmung fortan das kollektive Gedächtnis prägte, während die Schattenseiten der Währungsreform ausgeblendet wurden. Die damals schon einsetzende und später fortgeführte Wirtschaftswunder-Propaganda tat ein Übriges.

Im Übrigen waren auch nach der Währungsreform noch längst nicht alle Probleme überwunden. Zwar konnte nun jeder Betrieb grundsätzlich produzieren und vermarkten, was und wie er wollte, aber mit Gewinn verkaufen konnte nur, wer liquide Kunden fand. Sie jedoch waren auch 1949 noch deutlich in der Minderzahl: Solange das Geld so knapp blieb wie im ersten „Nachwährungsjahr“, kaufte der Kunde nur das, was er unbedingt benötigte. In den privaten Haushalten wurden während dieser Monate selbst die kleinsten Posten eingespart, wenn sie irgend entbehrlich waren, denn die Haushalte besaßen noch keinerlei finanzielle Reserven und mussten vorerst von der Hand in den Mund leben. Dieser Aspekt bleibt in den Erinnerungen der Zeitzeugen meistens ausgeblendet oder rückt erst nach ausführlicherer Befragung allmählich ins Blickfeld.

Den Durchbruch zur dauerhaften konjunkturellen Belebung brachte zu einem gewissen Grad der Marshallplan, vor allem aber der Koreaboom. Dem Marshallplan kam dabei wenn auch keine entscheidende, so doch eine wichtige Hilfsfunktion zu: Viele Firmen wurden erst durch ERP-Lieferungen oder ERP-Kredite in den Stand gesetzt, die schlimmsten Kriegs- und Demontageschäden zu beseitigen und ihre Anlagen angemessen zu modernisieren oder die Rohstoffe im

Ausland zu kaufen, ohne die sie ihre Produktion nicht aufnehmen konnten.⁵⁸ Hinzu kam der erwähnte psychologische Effekt des Marshallplans. Aber erst der Koreaboom brachte die Aufträge, die nötig waren, um wirklich wieder in Gang zu kommen. Ganz besonders galt das für diejenigen Firmen, die nun aufgrund der oben skizzierten Reparationsregelung zu attraktiven Lieferanten für die Westmächte wurden. Zweifellos wäre der Neubeginn auch ohne den Koreaboom gelungen, doch wäre er wohl sehr viel langsamer und weniger spektakulär verlaufen.

An diesem Punkt seien einige Worte über den Kalten Krieg eingeflochten, denn offensichtlich hingen wirtschaftlicher Aufschwung und Kalter Krieg eng zusammen. Der Kalte Krieg hatte 1945/46 innerhalb weniger Monate ein Auseinanderbrechen der alliierten Kriegskoalition und eine fundamentale Umgestaltung der weltpolitischen Gesamtlage bewirkt. Diese gegenüber der Kriegszeit dramatisch veränderte Situation zwang beide Seiten dazu, sich neue Bundesgenossen zu suchen. So traten bald an die Stelle der Kriegskoalition zwei neue Mächtegruppierungen, die einander mit Misstrauen betrachteten und die beide eine möglichst umfassende Rüstung für die beste Lebensversicherung hielten. Nun ist es seit langem ein strategischer Gemeinplatz, dass Rüstung sich heutzutage keineswegs auf die Bereitstellung von Waffen und Munition beschränken darf. Vielmehr kann im modernen Krieg fast jegliches Ge- oder Verbrauchsgut auch einen militärischen Stellenwert besitzen.

Deshalb sahen sich beide Blöcke unter anderem auch darauf angewiesen, das reiche Industriepotenzial ihres ehemaligen Gegners Deutschland zu nutzen, auch wenn die deutsche Industrie vorerst für eine Waffenproduktion im engeren Sinne nicht in Frage kam. Diese Nutzungsabsicht wiederum erzwang Zugeständnisse an die Deutschen: Wer auf die deutsche Wirtschaft zugreifen wollte, musste sie vorher produktionsfähig machen – oder musste den Deutschen die Möglichkeit einräumen, dies selbst zu tun. Kritik an den Deutschen, kriegsbedingte Ressentiments oder Revanchegelüste mussten diesem Ziel geopfert oder jedenfalls hintangestellt werden. Gerade im Fall der erwähnten Rüstungsaufträge mussten die Westmächte nun gelegentlich sogar ihre eigenen Regelungen umgehen, die sie erst wenige Jahre zuvor der ehemaligen deutschen Rüstungsindustrie verordnet hatten, um ein Wiedererstarken eben dieser Rüstungsindustrie zu verhindern.⁵⁹

Seit Beginn des Koreakrieges bemühten sich beide Blöcke noch stärker jeweils um den Teil Deutschlands, der in ihrem Machtbereich lag. Dementsprechend nahmen sich vor allem die USA Westdeutschlands nun in einem Maße an, das ohne die Gegebenheiten des Kalten Krieges schwer vorstellbar gewesen wäre. Die Franzosen und selbst die Russen handelten mutatis mutandis ähnlich. Mit anderen Worten: Die Deutschen und Deutschland waren keineswegs nur Opfer des Kalten Krieges (auch wenn sie sich damals gerne dafür hielten und im Rückblick bis heute gerne dafür halten), sondern sie profitierten auch von ihm – und zwar in ganz erheblichem Maße. Dass dies für Westdeutschland weit mehr galt als für die Ostzone bzw. die DDR, erklärt sich nicht aus grundsätzlichen Unterschieden, sondern hing primär mit der wirtschaftlichen Schwäche des Ostblocks sowie mit der ideologischen Verböhrtheit seiner Führung zusammen.

Der deutsche Wiederaufstieg ging also wesentlich auf den Kalten Krieg zurück, doch lassen sich aus den genannten Gründen bislang noch keine ganz klaren Aussagen über seine Anfänge machen. Eines darf jedoch als sicher gelten: Um ein „Wunder“ handelte es sich bei diesem Wiederaufstieg nicht. Vielmehr entstand dieser Eindruck einfach deshalb, weil der Kontrast zwischen der katastrophalen Lage von 1946/47 einerseits und der übersäumenden Konjunktur der 50er-Jahre andererseits überwältigend auf die Zeitgenossen wirkte. Die Regierung Adenauer wie die USA förderten diesen Eindruck nach Kräften, musste er doch Dankbarkeit gegenüber den Amerikanern und Zufriedenheit mit der CDU induzieren. Im Rückblick erscheint die Währungsreform jedoch als eine für diesen westdeutschen Wiederaufstieg zwar notwendige, aber noch keineswegs hinreichende Bedingung; hier ist den Revisionisten sicherlich Recht zu geben. Vielmehr bedurfte es außerdem der verstärkenden Wirkung von ERP und Koreaboom, um das Ergebnis eines wirtschaftlichen Wiederaufstiegs im Sinne von Rostows „sustained economic growth“ herbeizuführen.

IV.

Zusammenfassend möchte ich mich nochmals der im Thema dieses Beitrags implizierten Frage zuwenden, wie weit zwischen 1918 und 1960 tatsächlich „Geld der Motor der Ökonomie“ war. Zunächst einmal gilt es Folgendes festzuhalten: Während das 19.

Jahrhundert mit guten Gründen als ein Jahrhundert des Geldes apostrophiert werden kann, gilt das für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht uneingeschränkt. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs dauerte der alte Zustand unverändert an, doch schon während der Kriegsjahre verlor die deutsche Währung in einem Maße an Kaufkraft, für das es in der jüngeren deutschen Wirtschaftsgeschichte keine Parallelen gab. Nach dem Ersten Weltkrieg begann die Währung unter dem Eindruck der Inflation allmählich sogar ihre Funktion als allgemein akzeptiertes Tauschmittel einzubüßen; fünf Jahre nach Kriegsende war sie völlig wert- und damit auch funktionslos geworden. Während dieser Zeit behalf man sich in Deutschland zunehmend mit allerlei Substituten – mit Sachwerten, mit Devisen, mit Notgeld oder mit der Umrechnung auf eine fiktive Goldmark, die es in Wirklichkeit schon seit vielen Jahren nicht mehr gab.

Nach einer kurzen Periode ökonomischer Normalität fanden sich Wirtschaft und Bevölkerung dann ab etwa 1930 plötzlich in der umgekehrten Situation: Angesichts einer schweren Deflationskrise gewann ihr Geld zwar an Kaufkraft, aber gleichzeitig schwanden rapide die Möglichkeiten, solches Geld auch tatsächlich zu verdienen. In dieser Situation hätte die Währung eine hochgradig stimulierende, ja eine geradezu befreiende Wirkung haben können, wenn sich die zuständigen Personen und Institutionen der späten Weimarer Jahre zu einer energischen Vermehrung der Geldmenge entschlossen hätten.

Dies geschah bekanntlich nicht. Statt dessen blieb es ausgerechnet dem NS-Staat mit dem völlig wirtschaftsunkundigen und an Wirtschaftsfragen desinteressierten Hitler an der Spitze vorbehalten, diesen Schritt zu tun und damit der Währung ihre angestammte Funktion zurückzugeben. Allerdings dauerte diese Erholungsphase nicht lange: Noch vor Beginn des Zweiten Weltkriegs – und erst recht während des Krieges – drängte eine Politik hemmungsloser Geldschöpfung die Währung wieder in die inflationäre Zone zurück. Gewiss sorgte der totalitäre NS-Staat dafür, dass diese Inflation vorerst eine *latente* Inflation blieb, aber spätestens bei Kriegsende wurde sie Wirklichkeit. Noch weit mehr als 1923 flüchtete die Wirtschaft nun in Sachwerte und Tauschhandel, während die privaten Haushalte sich möglichst der „Zigarettenwährung“ bedienten. Während der folgenden drei Jahre blieb die offizielle Währung bedeutungs-, ja zeitweise fast funktionslos. Was Zigarettenwährung und

schwarzer Markt nicht leisten konnten, das fand unter diesen Umständen nicht statt.

Diese Defekte der R-Mark-Währung wogen schwer. Sie ließen den Verantwortlichen nur noch die Wahl zwischen wirtschaftlichem Zusammenbruch oder aber einer drastischen Reform. Als diese Reform 1948 schließlich kam, erfüllte die neue Währung zwar nicht alle Wünsche der Sozialreformer – doch als Währung funktionierte sie vom ersten Tag an ausgezeichnet. In der D-Mark besaßen fortan die drei Westzonen und die aus ihnen hervorgehende Bundesrepublik erstmals seit zehn Jahren wieder eine Währung, die diese Bezeichnung wirklich verdiente.

In den ersten „Nachwährungsjahren“ wurden viele alte Karrieren fortgesetzt, neue begonnen, ja der Aufstieg gehörte ebenso zu den Kennzeichen der 50er-Jahre wie die stürmische Konjunktur. Hier sei beispielhaft nur an Personen wie Hermann-Josef Abs oder Josef Neckermann erinnert, die jeweils spezifische Formen des individuellen (Wieder-)Aufstiegs illustrieren. Manche dieser Karrieren gewannen Langzeitbedeutung, doch keine unter ihnen reichte auch nur entfernt an die spektakulärste aller Nachkriegskarrieren heran – an die Karriere der D-Mark. Als Schöpfung der Besatzer und praktisch ohne deutsche Mitwirkung entstanden, am 20. Juni 1948 in Deutschland misstrauisch, im Ausland eher spöttisch beäugt, durchlief sie eine Entwicklung wie wenige Währungen vor und keine nach ihr. Die dynamische Konjunktur während der 50er-Jahre verdankte dieser Karriere viel, ja wäre ohne die notwendige Vorbedingung Währungsreform und D-Mark undenkbar gewesen.

Die mittelständischen Geldinstitute standen mitten in dieser Bewegung. Anfänglich hatten sie wie alle anderen Unternehmen mit Liquiditätsmangel und einer höchst restriktiven Währungspolitik der Bank Deutscher Länder (der nachmaligen Bundesbank) zu kämpfen. Nachdem diese Durststrecke aber einmal überwunden war, durchliefen sie eine geradezu phantastische Entwicklung. Die Sparkasse Konstanz – um nur ein nahe liegendes Beispiel zu nennen – verdoppelte zwischen 1950 und 1965 etwa alle fünf Jahre ihre Bilanzsumme sowie den Umfang ihrer Spareinlagen.⁶⁰ Dieses Beispiel ist sicher nicht untypisch, ja dürfte eher zu den weniger spektakulären gehört haben, da Konstanz bekanntlich weitab von den Zentren des wirtschaftlichen Geschehens lag. Wichtiger noch: Auch das Volumen der von Sparkassen und Volksban-

ken ausgegebenen Kredite und Darlehen machte diese stürmische Entwicklung mit. Erst dadurch erhielt der mittelständische Unternehmer Zugriff auf die Geldmittel, die er für Modernisierung, Auf- und Ausbau benötigte.

Gerade die mittelständischen Geldinstitute hatten also wesentlichen Anteil daran, dass sich die dynamische Entwicklung jener Jahre nicht nur in der Großindustrie und in den Ballungszentren abspielte, sondern auch in die Fläche hinaus wirken konnte. Wenn die Währung den *Motor* der Ökonomie darstellte, so erfüllten diese Geldinstitute also mindestens außerhalb der ökonomischen Zentren gleichsam die Funktion eines zwischen Währung und Wirtschaft geschalteten *Getriebes*. Dabei ist es bis heute geblieben, und wir wollen hoffen, dass sich das auch künftig nicht ändern möge.

Anmerkungen

- 1 Gesetz zur Änderung des Münzgesetzes vom 4. 8. 1914 (RGBl 1914, S. 326). Zum Komplex der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung vgl. ausführlich *L. Burchardt*, Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914. Boppard 1968, S. 239–241.
- 2 Als Beispiele seien erwähnt die Entwicklung des Mark-Kurses gegenüber dem holländischen Gulden (Überzicht von de Werksaamheden der Rijkskommissie voor de Distributie van Ijzen en Staal. Bd. 2, Amsterdam 1921, Beilage 83) und gegenüber dem US-Dollar (*J. Kocka*, Klassengesellschaft im Kriege 1914–1918. Göttingen 1973, S. 17).
- 3 *G. Stolper/K. Häuser/K. Borchardt*, Deutsche Wirtschaft seit 1870. Tübingen 1964, S. 98.
- 4 Allgemein zur Inflation vgl. aus der Fülle der Literatur beispielsweise *G. D. Feldman/H. Homburg*, Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923. Hamburg 1977, S. 113–159; *G. D. Feldman*, Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870–1924. München 1998, S. 739–931. Speziell zum Reparationsmotiv vgl. *A. v. Specht*, Politische und wirtschaftliche Hintergründe der deutschen Inflation 1918–1923. Frankfurt/M. 1982, S. 21–59.
- 5 *A. Korsch*, „Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland von 1918–1933.“ In: *G. Bombach/H. J. Ramser/M. Timmermann/M. Wittmann* (Hgg.), Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik. Berlin etc. 1976, S. 24–26.
- 6 *Stolper/Häuser/Borchardt* (wie Anm. 3), S. 109–116.
- 7 Vgl. hierzu *J. M. Keynes'* berühmteste Arbeiten *A Treatise On Money*. London 1930 u. ö. sowie *The General Theory of Employment Interest and Money*. London 1936 u. ö. – Zur späteren Umsetzung keynesianischer Gedanken vgl. z. B. *H. P. Spahn*, „Keynes in der heutigen Wirtschaftspolitik“ in: *Bombach/Ramser/Timmermann/Wittmann* (wie Anm. 5), S. 213–228.
- 8 Einzelheiten unter anderem bei *F. Federau*, *Der Zweite Weltkrieg. Seine Finanzierung in Deutschland*. Tübingen 1962, S. 17–21.
- 9 Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets (Hg.), *Statistisches Handbuch von Deutschland*. München 1949, S. 62 f.
- 10 Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. 9. 1939 (RGBl 1939 I, S. 1609). Vgl. ergänzend Bilanz des Zweiten Weltkriegs. Oldenburg 1953, S. 318 f. Speziell zum Lohnstopp vgl. außerdem *D. Berg-Schlosser*, „Die Konstituierung des Wirtschaftssystems.“ In: *J. Becker/Th. Stamm/P. Waldmann* (Hgg.), *Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. München 1979, S. 112–114.
- 11 Länderrat (wie Anm. 9), S. 459–467, besonders S. 463.
- 12 Zur DP-Problematik vgl. allgemein *W. Jacobmeyer*, *Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945 bis 1951*. Göttingen 1985. Die Vorgeschichte des Problems behandelt *U. Herbert*, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reichs*. Berlin/Bonn 1985. Eine Fallstudie bietet *G. Dietz-Görrig*, *Displaced Persons – Ihre Integration in Wirtschaft und Gesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen*. Berlin 1992.
- 13 Zum Schwarzen Markt vgl. zusammenfassend *W. A. Boelcke*, *Der Schwarzmarkt 1945 bis 1948. Überleben nach dem Kriege*. Braunschweig 1986. Hier sei auch erinnert an die literarische Aufarbeitung dieses Stoffes in: *S. Lenz*, *Lehmans Erzählungen oder: So schön war mein Markt*. Hamburg 1964 u. ö.
- 14 Vgl. dazu die unten in Anm. 35 genannte Literatur.
- 15 Vgl. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.), *Dokumente deutscher Kriegsschäden*. 3 Bde. Bonn 1958–1962, besonders Bd. 1, S. 51–53.
- 16 Ausnahmen kamen vor, wenn Dörfer mit wirklichen Zielen verwechselt wurden oder wenn angeschossene Bomber ihre Ladung im Notwurf ungezielt abwarfen, um nicht selbst abzustürzen. Ein solches Beispiel, den Fall des im Landkreis Konstanz gelegenen Dorfes Liggeringen, schildert: *R. Hug-Biegelmann/J. Klöckler/A. Fenner*, *Der Luftangriff auf Liggeringen am 21. Juni 1943*. Radolfzell 1993.
- 17 Länderrat (wie Anm. 9), S. 8 f. Die französische Besatzungszone nahm jahrelang zumindest offiziell keine Flüchtlinge auf, da die Besatzungsmacht die Ressourcen ihrer Zone für ihre eigenen Zwecke schonen wollte. Vgl. *L. Burchardt*, *Konstanz zwischen Kriegsende und Universitätsgründung*. Konstanz 1996, S. 72 f. und 284–287. Allgemeine Literatur zur Flüchtlingsproblematik nach 1945 wird in Anm. 18 nachgewiesen.
- 18 Zur Flüchtlingsproblematik immer noch grundlegend: *E. Lemberg/F. Edding* (Hgg.), *Die Vertriebenen in Westdeutschland*. 3 Bde. Kiel 1959. Vgl. außerdem *W. Benz/W. Auerbach* (Hgg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*. Frankfurt/M 1995. Speziell die Radikalisierungsfrage behandelt *H. Grieser*, *Die ausgebliebene Radikalisierung. Zur Sozialgeschichte des Kieler Flüchtlingslagers ... Wiesbaden 1980*. Die schwierige Frage der Integration untersuchen an Fallbeispielen *N. Baha*, *Wiederaufbau und Integration. Die Stadt Delmenhorst nach 1945*. Delmenhorst 1983 sowie *G. Fleischhauer*, *Vom Neubürger zum Heilbronner. Die Eingliederung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen im Stadtkreis Heilbronn nach dem Zweiten Weltkrieg*. Heilbronn 1992.
- 19 Zu diesem Fragenkomplex vgl. *Berg-Schlosser* (wie Anm. 10), S. 107–112.

- 20 Vgl. die unten in Anm. 35 genannte Literatur. Am Ort des damaligen Geschehens, der heutigen Fritz-Erler-Kaserne in Fuldatal-Rothwesten, wird eine Dauerausstellung über das „Konklave von Rothwesten“ und die Währungsreform gezeigt.
- 21 U.S.-Department of State (Hg.), *Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin 1945 (The Potsdam Conference)*. Washington, D. C. 1960, Bd. 2, S. 1504.
- 22 W. R. Smyser, *From Yalta to Berlin*. New York 1999 (zit. nach der Paperback-Ausgabe New York 2000), S. 77. Ausführlicher behandelt die sowjetischen Eingriffe in die ostdeutsche Wirtschaft: N. M., *Naimark, The Russians in Germany*. Cambridge, Mass. 1995 (zit. nach 3/1997), S. 141–204.
- 23 F. R. Willis, *The French in Germany, 1945–1948*. Stanford, Cal. 1962, S. 140–146.
- 24 Die französische Nationalversammlung stimmte erst am 16. 6. 1948 zu. (M. Overesch, *Das besetzte Deutschland 1945–1949*. 2 Bde., Düsseldorf 1986 (zit. nach 2/1992), Bd. 2, S. 528.
- 25 U.S. Department of State (Hg.), *Germany 1947–1949. The Story in Documents*. Washington, D. C. 1950, S. 200 f.
- 26 Schreiben der drei westlichen Militärgouverneure an den sowjetischen Militärgouverneur vom 18. 6. 1948 (Overesch – wie Anm. 24 –, S. 530).
- 27 Schreiben des Wirtschaftsrates der Bizone an die drei westlichen Militärregierungen vom 14. 6. 1948 (zit. bei Overesch – wie Anm. 24 –, S. 527).
- 28 U. Förster u. a. (Hgg.), *Auftrag Luftbrücke. Der Himmel über Berlin 1948 bis 1949*. Berlin 1998, S. 36.
- 29 Overesch (wie Anm. 24), S. 529.
- 30 Zitiert nach Burchardt (wie Anm. 17), S. 222. Vgl. auch Overesch (wie Anm. 24), S. 532.
- 31 Die maßgeblichen alliierten Gesetze finden sich u. a. in: U. S. Department of State (wie Anm. 25), S. 492–512.
- 32 Overesch (wie Anm. 24), S. 535.
- 33 Förster (wie Anm. 28), S. 36.
- 34 Zitiert wird hier der Untertitel von: H. Roeper, *Die D-Mark. Vom Besatzungskind zum Weltstar, 1948 bis 1978*. Frankfurt/M. 1978.
- 35 Zur technischen Vorgehensweise vgl. ausführlich: H. Möller, „Die westdeutsche Währungsreform von 1948.“ In: Deutsche Bundesbank (Hg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876 bis 1975*. Frankfurt/M. 1976 sowie C. Buchheim, „Die Errichtung der Bank Deutscher Länder und die Währungsreform in Westdeutschland.“ In: Deutsche Bundesbank (Hg.), *Fünzig Jahre Deutsche Mark*. Berlin 1998.
- 36 Auf der mikrohistorischen Ebene untersucht diese Problematik am Beispiel der Stadt Konstanz Burchardt (wie Anm. 17), S. 222–236.
- 37 Der Spiegel vom 19. 5. 1949, S. 24 und vom 25. 8. 1949, S. 24.
- 38 Theoretisch galt auch noch der Preisstopp von 1939. Jedoch wurde er praktisch nicht mehr durchgesetzt, da man den Unternehmen den für einen Neuanfang erforderlichen Freiraum nicht ohne Not einengen wollte.
- 39 Der Spiegel vom 4. 8. 1949, S. 21; Burchardt (wie Anm. 17), S. 225.
- 40 Vgl. z. B. Burchardt (wie Anm. 17), S. 224–226.
- 41 Marshalls Rede ist u. a. abgedruckt in: H. S. Commager (Hg.), *Documents of American History*. New York 9/1968, Bd. 2, S. 531 f. – Zur Umsetzung des Marshallplans in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik vgl. vor allem H. J. Schröder (Hg.), *Marshallplan und westdeutscher Wiederaufstieg*. Stuttgart 1990; C. S. Maier/G. Bischof (Hgg.), *Deutschland und der Marshallplan*. Baden-Baden 1992; K. Borchardt/Ch. Buchheim, „Die Wirkung der Marshallplanhilfe in der deutschen Wirtschaft.“ In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 35, 1987, S. 317–347.
- 42 Foreign Assistance Act vom 3. 4. 1948, Section 103 (a); abgedruckt u. a. in: US Department of State (wie Anm. 25), S. 518 f.
- 43 Burchardt (wie Anm. 17), S. 229.
- 44 E. Noelle/E. P. Neumann (Hgg.), *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957*. Allensbach 1957, S. 34.
- 45 AEG Electrocom Konstanz (Hg.), *Erkennen worauf es ankommt*. Konstanz 1994, S. 42–45.
- 46 W. G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*. Berlin etc. 1965, S. 509.
- 47 Beispiele nennt AEG Electrocom (wie Anm. 45), S. 42–44.
- 48 Bundesminister für den Marshallplan (Hg.), *Wiederaufbau im Zeichen des Marshallplans 1948–1952*. Bonn 1953, S. 121.
- 49 Zum Lastenausgleich vgl. vor allem R. Schillinger, *Der Entscheidungsprozess beim Lastenausgleich*. Ostfildern 1985.
- 50 Daten bei Hoffmann (wie Anm. 46), S. 509.
- 51 Noelle/Neumann (wie Anm. 44), S. 34.
- 52 Vgl. vor allem E. Noelle/E. P. Neumann (Hgg.), *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947 bis 1955*. Allensbach 1956, S. 27–30, 42 und 48 f. Vgl. ergänzend Noelle/Neumann (wie Anm. 44), S. 35 und 40 f.
- 53 Vgl. zu diesem Komplex den gelungenen Sammelband von A. Schildt und A. Sywottek (Hgg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er-Jahre*. Bonn 1993.
- 54 Vgl. The United States Strategic Bombing Survey (Hg.), *The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy*. Washington, D. C. 1945, S. 1–14.
- 55 Den Anstoß zu dieser Diskussion gab in erster Linie W. Abels- hauser, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945 bis 1948*. Stuttgart 1975. Die Diskussion der folgenden Jahre fasst kritisch zusammen A. Ritschl, „Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie“. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 33, 1985, S. 136–165. Vgl. auch den in Anm. 41 genannten Aufsatz von Borchardt/Buchheim, der für den Teilbereich des ERP ebenfalls kritisch bilanziert.
- 56 Einzelheiten schildert Burchardt (wie Anm. 17), S. 226–229. Vgl. ferner L. Burchardt, *Wie die High-Tech-Industrie nach Konstanz kam*. Konstanz 1995, S. 12–14, 24–34 und 42–49.
- 57 Zum Problem der menschlichen Erinnerung vgl. zusammenfassend L. Burchardt, „Wieviele historische Wahrheiten gibt es?“ In: *Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (Hg.), Erinnerungskulturen – Zukunft der Erinnerung*. Konstanz 2002, S. 83–90.
- 58 Am Beispiel der Stadt Konstanz zeigt dies Burchardt (wie Anm. 17), S. 226–229.
- 59 AEG Electrocom (wie Anm. 45), S. 37 f. und 43 f.
- 60 Detaillierte Datenangaben finden sich in: Sparkasse Konstanz (Hg.), *150 Jahre Sparkasse Konstanz. Jubiläumsbericht 1839 bis 1989*. Konstanz 1989, S. 46–48.

Liste der Autoren

Dr. Otmar M. Weigele

- geboren 1952
- Dr. rer. soc. oec., u. a. auch Wirtschaftsgeschichte
- Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Biberach
- Vorsitzender der Gesellschaft für Heimatpflege Biberach

Dr. Volker Dotterweich

- geboren 1943
- Dr. phil.
- Akademischer Direktor (Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg)
- fachliche Spezialgebiete:
Reformatorische Bewegungen/Konfessionalisierung, moderne Regionalgeschichte (Schwaben), insbesondere Sozialgeschichte, NS-Bewegung, Entnazifizierung, Besatzungszeit

Prof. Dr. Gert Kollmer von Oheimb-Loup

- geboren 1949
- Prof. Dr. rer. pol. habil.
- Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Hohenheim
- Direktor des Wirtschaftsarchivs Baden-Württemberg
- fachliche Spezialgebiete:
Wirtschaftsgeschichte 18., 19. und 20. Jahrhundert, Sozialgeschichte 17. bis 20. Jahrhundert, Regionalgeschichte Baden-Württemberg

Winfried Aßfalg

- geboren 1940
- Sonderschulrektor i. R.
- Vorsitzender des Kunst- und Altertumsvereins Riedlingen
- ausgezeichnet mit dem Landespreis für Heimatforschung 2002
- fachliche Spezialgebiete:
zahlreiche Veröffentlichungen zu historischen und kunsthistorischen Themen

Priv.-Doz. Dr. Boris Barth

- geboren 1961
- Dr. phil.
- Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte
- Dozent an der Universität Konstanz
- fachliche Spezialgebiete:
Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts

Prof. Dr. Hans Eugen Specker

- geboren 1937
- Prof. Dr. phil.
- Ltd. Stadtarchivdirektor a. D.
- Honorarprofessor für Neuere Geschichte an der Universität Tübingen
- fachliche Spezialgebiete:
Stadtgeschichte und Geschichte der Neuzeit

Dr. Niels P. Petersson

- geboren 1968
- Dr. phil.
- wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Konstanz
- fachliche Spezialgebiete:
Imperialismus, Globalisierung, Weltwirtschaft

Dr. Mark Hengerer

- geboren 1971
- Dr. phil. des.
- wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der Universität Konstanz
- fachliche Spezialgebiete:
Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des Habsburger-Reiches

Prof. Dr. Lothar Burchardt

- geboren 1939
- Prof. Dr. phil.
- Professor für Geschichte der Neuzeit und Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Konstanz
- fachliche Spezialgebiete:
Wissenschaftsgeschichte, Militärgeschichte; Geschichte der USA, Regionalgeschichte Südwestdeutschland



Die Geschäftsstellen Laupheim (oben) und Riedlingen (unten).

